

Antrag an den Verbandsgemeinderat Herxheim:

Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht durch Freihandelsabkommen gefährdet werden

Der Rat der Verbandsgemeinde Herxheim

appelliert an

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" ([TISA](#)), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Rat der Verbandsgemeinde Herxheim stellt hierzu fest:

1. Die bisherigen Verhandlungen sind weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt worden. Diese Intransparenz hat das Misstrauen in die Verhandlungsführung der EU-Kommission erhöht und untergräbt die demokratischen Grundsätze.
2. Die geplanten Abkommen sind nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden. Negative Auswirkungen für das kommunale Handeln sind zu erwarten.
Dies wirkt sich aus bei der öffentlichen Auftragsvergabe, einschließlich der Delegation von Aufgaben an kommunale Unternehmen, der Förderung und Unterstützung von Kultur und der Erwachsenenbildung (z.B. über Volkshochschulen) wie auch auf die Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der Kommunen
3. Die geplanten Abkommen dienen der Eröffnung von Marktzugängen im Dienstleistungssektor.
Sie tangieren insbesondere auch die öffentlichen Dienstleistungen, und gefährden die Organisationshoheit der Kommunen. Davon betroffen sind nicht-liberalisierte Bereiche wie die kommunale Wasserver- und Entsorgung, die Bereiche Abfall und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), soziale Dienstleistungen einschließlich des Gesundheitsbereiches sowie die öffentlichen Dienstleistungen im Kultur und Bildungsbereich,
4. Die Verwendung von sogenannten Negativlisten erschwert die Rekommunalisierung von Dienstleistungen deutlich, oder macht sie gar unmöglich.

Der Gemeinderat Herxheim fordert daher:

1. Die Verhandlungen sind mit größtmöglicher Transparenz- und Öffentlichkeit zu führen.
2. Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur darf nicht eingeschränkt werden – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten. Die Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien dürfen nicht verschlechtert werden.
3. Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeiten politischer Gestaltung dürfen nicht durch Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit gefährdet werden.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert,

im Ministerrat der Europäischen Union im Bereich der Dienstleistungen aktiv für so genannte Positivlisten einzutreten, die explizit nicht die kommunale Daseinsvorsorge sowie den Kultur- Gesundheits- und Bildungsbereich tangieren.
Die Anwendung von Negativlisten im bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) darf nicht gebilligt werden. Hier muss nachverhandelt werden.